die österreichischen Interessen auf der Conferenz nicht respectirt werden sollten.

Nach der „Köln. Ztg." verlautet, Rothschild und die Creditanstalt wollen dem Reichs-Finanzminister den gewünschten Credit nicht bewilligen; Verhandlungen mit London hätten dagegen den gewünschten Erfolg gehabt.

Anläßlich des beendeten Conclave und der Papstwahl fand sich das Wiener Cabinet veranlaßt, die italienische Regierung telegraphisch zu der Weisheit und Festigkeit zu beglückwünschen, mit der sie der Zusicherung, die Freiheit des Conclave zu sichern, Rechnung getragen habe. Die italienische Regierung habe dadurch allen an der ungestörten Vollziehung dieses hochwichtigen Actes interessirten Staaten einen hervorragenden Dienst zu leisten gewußt.

In Paris hat am Sonntag die Enthüllung des Grabdenkmals Ledru Rollin's stattgefunden.

Ueber die voraussichtliche Haltung Leo's XIII. wird der „Pol. Corr." aus Rom geschrieben: „Wie die Freunde des neuen Papstes versichern, wird Leo XIII. seine Aufmerksamkeit mehr den kirchlichen, als politischen Fragen zuwenden Der Papst gilt nicht nur als vorzüglicher Kenner der theologischen Wissenschaften, er hat sich auch während seines 32 jährigen Wirkens als Bischof von Perugia mit besonderem Eifer dem Studium der lateinischen Poesie und der etruskischen Archäologie hingegeben. Er spricht geläufig französisch und ein wenig deutsch. Nach seinen Beziehungen zu den Behörden der erpäpstlichen Stadt Perugia zu schließen, wird Leo XIII. der königlichen Regierung gegenüber fest in der Sache, aber versöhnlich in der Form auftreten. Die radicalen Italiener ziehen diesen Modus vor, denn einem Papste, der mehr entgegenkommend sich zeigen würde, müßte Italien gleichfalls Concessionen machen. Der neue Papst erfreut sich der kräftigsten Gesundheit. Seine Lebensweise war stets die eines Anachoreten."

Aus Rom, 24. Februar, meldet man dem „Dtsch. Mtgbl.": Trotzdem die Polizei gestern den bezüglichen Aufruf von den Straßenecken entfernt hatte, fand heute um 12 Uhr dennoch das Meeting der Republikaner gegen das Garantiegesetz statt. — Die Verständigung zwischen dem Ministerium und der Majorität der Linken scheint im letzten Augenblicke neuerdings gefährdet. — Die „Riforma", das Organ Crispi's, ist von der Rede Bismarck's unbefriedigt. Die Erwartungen Europas seien enttäuscht worden. Sie bezweifelt, daß die Documente erst am Tage der Interpellation in Bismarck's Hände gelangt seien. Jene Behauptung sei als bloßer Vorwand für sein Schweigen anzusehen. Die Zurückhaltung Deutschlands in der orientalischen Frage sei unglaubhaft, und der Versuch Deutschlands, sich von der Orientkrisis in ihrer zweiten Phase fern zu halten, müsse an den Thatsachen scheitern. Die Rede Bismarck's verhülle andere Absichten Deutschlands. Ferner erklärt die „Riforma" die Behauptung eines Pariser Correspondenten der „Gazetta d'Italia", Gambetta habe in Rom, Crispi gegenüber, Nizza und Savoyen als Preis der Auflösung der deutsch-italienischen Allianz angeboten, officiös für unwahr. Ebenso unwahr sei demnach die Ablehnung Crispi's. — Papst Leo XIII. läßt das Landschloß Castel Gandolfo zu seinem Sommeraufenthalt herrichten und entließ den Schweizergeneral Kanzler.

Auch die Festung Rustschuk ist nunmehr von den Türken geräumt und von russischen Truppen besetzt worden. Die Einleitungen zur Wiederaufnahme der Dampfschifffahrt auf der Donau sind getroffen.

Der rumänische „Monitorul" veröffentlicht ein fürstliches Decret, betreffend die Aufhebung des Belagerungszustandes.

Die rumänische Deputirtenkammer beschloß anläßlich des Wagenmangels die Regierung aufzufordern, Maßregeln zu treffen gegen die Mißbräuche der Bahnbeamten und der bei der Bahn angestellten russischen Beamten, die sich bei dieser Gelegenheit herausstellten.

Dem „Reuter'schen Bureau" wird aus Konstantinopel gemeldet, daß Großfürst Nicolaus und Savfet Pascha voraussichtlich am 24. d. in San Stefano zusammentreffen werden.

Der „Politischen Correspondenz" wird aus Konstantinopel geschrieben: „In diplomatischen Kreisen beschäftigt man sich sehr viel mit der geheimnißvollen Mission, mit welcher der ehemalige Dragoman bei der russischen Botschaft, Herr Onou, hier betraut zu sein scheint. Onou, ein naturalisirter Russe von walachischer Abstammung, ist der Gemahl einer Adoptivtochter des Barons Jomini, welcher Verbindung er auch seine exceptionelle Stellung in der russischen Diplomatie verdankt. Vermöge seines Talents und seiner wahrhaft orientalischen Schlauheit hat er große Erfolge während seines Aufenthaltes bei der hiesigen Botschaft erzielt und galt als der Vertraute des Generals Ignatieff."

Reichstag.

* Berlin, 25. Februar. Aus der gestrigen Steuerdebatte ist zunächst noch etwas ausführlicher der Rede des Abg. Richter zu gedenken, welcher ausführte:

Der Herr Reichskanzler sagt, wir müssen in dem Steuerwesen den übrigen großen europäischen Staaten nacheifern. Nun, wenn wir einmal davon sprechen, was alle großen civilisirten europäischen Staaten vor uns voraus haben, so finden wir den Vorsprung nach ganz anderer Richtung: sie haben eine parlamentarische Regierung. (Sehr richtig!) Darin sind wir hinter allen übrigen civilisirten Staaten weit mehr zurück als in jeder anderen Beziehung. Wenn das Volk bisher die parlamentarische Regierung als eine constitutionelle Formfrage betrachtet hat, an diesen Fragen lernt es kennen, welche praktische Bedeutung die parlamentarische Regierung hat. (Sehr richtig!) Die Millionen, welche jetzt in der Tabaksindustrie verloren werden, liefern dafür einen recht schlagenden Beweis. Eine Regierung, die Fühlung hat mit dem Parlamente, die weiß, was die Majorität will, bringt eine solche Vorlage nicht ein. (Sehr richtig!) Der Herr Reichskanzler hat gesagt, man solle Resolutionen fassen und Anträge stellen. Also darum werden große Industriezweige aufs Tiefste beunruhigt, um hier ein Gesetzgebungsexperiment zu machen! Ist das ein auf die Dauer erträglicher Zustand? Wenn der Herr Reichskanzler einen Leuchtthurm haben will, um sich danach zu richten, nun, so kennt er unser Programm und das Programm anderer Parteien. Der ganze Zustand rührt daher, daß man eben den Leuchtthurm unserer Meinung zu wenig beachtet. (Sehr richtig.) Man sucht die Frage der parlamentarischen Regierung zu einer Formfrage zuzuspitzen, indem man sagt, es fehle an einer parlamentarischen Partei, an einer geschlossenen Majorität. Wenn es daran in der That fehlt, so ist eben der Mangel der parlamentarischen Regierung daran schuld, denn das System schafft eben die geschlossene parlamentarische Regierungspartei. Aber wenn wir diese parlamentarische Partei nicht haben, ist es dann gerechtfertigt, daß man Vorlagen einbringt, als wenn es überhaupt keine Parteien gäbe, daß man Anschauungen vertritt, von denen man voraussehen muß, daß sie nur die Zustimmung der äußersten Rechten finden können? Nein; das ist das absolute Gegentheil der parlamentarischen Regierung. Es ist sehr liebenswürdig vom Herrn Reichskanzler, daß er uns anbietet, wir mögen entscheiden, in welcher Form die Erhöhung der Steuern stattfinden soll, wir mögen wählen zwischen dem amerikanischen und dem französischen System. Wir danken dafür. Diese Verantwortung mag die Regierung selbst tragen; wozu haben wir dann die Regierung? (Heiterkeit. Sehr richtig!) Dann können wir das ja Alles in der Budgetcommission allein machen. Wir werden uns mit solchen Resolutionen gar nicht beschäftigen, denn die Voraussetzung ist gar nicht gegeben, um überhaupt darüber nachzudenken, in welcher Form dem Volke die höhere Besteuerung serwirt werden soll. Wir wollen überhaupt keine Steuererhöhung; wir wollen auch keine Steuerreform, so lange die constitutionellen Voraussetzungen fehlen. Was uns die Regierung vorschlägt, und speciell das Tabaksmonopol, wäre nicht eine Verbesserung, sondern eine Verschlechterung der bestehenden Verhältnisse. Wir können daher nicht beistimmen. (Beifall.)

Abg. Lasker:

Der Herr Finanzminister bezeichnete es als wesentliche Aufgabe der Vorlage, die Tabaksfabrikation in ihre natürliche Bahn zurückzuführen, aus welcher sie durch eine künstliche Pflege gebracht sei. Nach dieser Auffassung ist die Aufhebung der Schutzzölle der Zweck der Vorlage. Gleich darauf aber sagte Herr Burghardt, man könnte der Vorlage das Odiosum nehmen, indem man den Steuersatz herabsetze und dafür den Schutzzoll behalte. Die Vorlage scheint alle Systeme in ihrem fruchtbaren Leibe zu tragen. (Heiterkeit.) Ferner glaube ich, hat Jeder, der die Rede des Herrn Finanzministers gehört hat, den Eindruck erhalten, daß derselbe die Einführung des Monopols als ein Wagniß betrachtet; er hat das allerdings nicht ganz deutlich gesagt. Ein Staatsmann muß vorsichtig sein, denn die Situation kann sich ändern. (Heiterkeit.) Namentlich führte der Minister die Nothwendigkeit an, statistische Erhebungen über den voraussichtlichen Umfang der Ersatzpflicht für Schädigungen anzustellen. Ich füge Dem beiläufig noch hinzu, daß auch der Schaden berücksichtigt werden muß, der nicht ersetzt werden kann. Darauf erhebt sich der Reichskanzler und erklärt zu allgemeiner Ueberraschung, daß er ganz unbedingt für das Monopol eintrete. Ich glaube, daß dieser neue Gedanke, der jetzt mit in die Concurrenz eintritt, dem Zustandekommen der Vorlage nicht nützlich sein wird. Der Herr Reichskanzler hat diese Eventualität auch schon selbst ins Auge gefaßt und die Erwartung ausgesprochen, daß dann wenigstens ein Beschluß des Hauses in Form einer Resolution zu Stande kommen werde. Ich glaube jedoch nicht, daß die Commission, geschweige das Haus sich zu einem solchen principiellen Beschluß über das vortheilhafteste Steuersystem wird einigen können. Jedes System hat seine Mängel und seine Vortheile und diese müssen sorgfältig gegen einander abgewogen werden. Wie viele Personen in diesem Hause aber sind technisch so vorbereitet, daß sie die schwere verantwortungsvolle Entscheidung in diesen Fragen treffen können? Und was heißt denn hier System? Die Vorzüglichkeit des einen oder des anderen Systems hängt doch ganz von der Ausführung ab. Die Commission müßte also keine einfache Resolution fassen, sondern einen ganzen Gesetzentwurf ausarbeiten. Sodann hat Herr v. Stauffenberg gewiß im Sinne der großen Mehrheit gesagt, daß von einer Steuerreform so lange nicht die Rede sein könne, als nicht das Budgetrecht im Reiche gewahrt bleibe. Der Beschluß der Commission würde also auch nur einen theoretischen Werth haben. Man hat von Popularität und Unpopularität gesprochen, die sich an die Entscheidung knüpfen könnte. Sie wissen, daß wir gegen die Gefahr der Unpopularität abgehärtet sind (Heiterkeit im Centrum), wir haben das bewiesen, meine Herren; auch gegenüber der heterogenen Zusammensetzung des Hauses ist eine Majorität für eine Steuerreform nur denkbar, wenn eine kräftige Regierung die Initiative ergreift und mit klaren Zielen vor das Haus tritt.

Was bleibt uns also noch übrig als praktisches Resultat der Vorlage? Nur die Verwirrung des wirthschaftlichen Verkehrs und eine momentane Erhöhung des Ertrages der Tabaksteuer zum Nachtheil der folgenden Jahre. Und höchstens Einen Gewinn werden wir haben, eine gewisse Klärung der Ansichten über die Vorbedingungen, unter denen es möglich ist, das Reich auf eigene Einnahmen zu stellen. Es ist bereits von der Mehrheit anerkannt, daß das Reich in dieser Hinsicht selbstständig gemacht werden muß, und ebenso haben sich fast Alle dafür erklärt, daß der Tabak bei einer vorzunehmenden Steuerreform als sehr besteuerbares Object zu betrachten sei. Dagegen hat nur Herr Reichensperger gesprochen, der sich sehr begehrlich nach Tabak zeigte. (Heiterkeit.) Und wenn ich bedenke, daß wir seit 1869 auf diesem Gebiete keinen Schritt vorwärts gekommen sind, so sehe ich in dieser Verständigung einen relativ bedeutenden Gewinn.

Es wird nun darauf ankommen, wer die Verantwortung dafür, daß dieses Resultat praktische Verwerthung finde, übernimmt. Bis jetzt hat der Reichskanzler thatsächlich die Verantwortlichkeit. Diese Verfassungsbestimmung ist aber eine Unwahrheit, denn der Reichskanzler kann die Verantwortlichkeit nicht tragen. Ich weiß auch nicht, ob es für den betreffenden anonymen Finanzminister ein angenehmes Gefühl sein kann, daß er keine Macht besitzt. Bei dieser Frage kommen wir auf das Gebiet, welches wir in den nächsten Tagen bei der Stellvertretungsvorlage betreten werden. Wenn es sich bei dieser Vorlage um Nichts weiter handelt, als dem Reichskanzler die formelle Möglichkeit zu geben, seine Functionen nach Bedürfniß auf andere Personen zu übertragen, so wird uns damit wenig gedient sein. Für uns ist die entscheidende Frage nur die: Werden die Dinge in Preußen und, was uns ja hier allein angeht, im Reich so geschaffen werden, daß Platz da ist für mehrere selbstständige Männer, die, sobald sie in ihrer Selbstständigkeit beeinträchtigt werden, ihren Platz einem Anderen einräumen? Nun giebt es gegenwärtig im Reich und in Preußen keine Regierungscombination, deren Träger und Spitze nicht der Fürst Bismarck wäre, und wir können unter den gegebenen Umständen nur hoffen, daß er bleiben wird, so lange die besonderen Verhältnisse eine solche besondere Stellung nöthig machen. Das liegt schon in der Proportion der Kräfte. Wenn ich Minister wäre, so würde ich mich von dem Tage an, wo ich mich in irgend einer Hinsicht der Auffassung des Reichskanzlers nicht anschließen könnte, als entlassen betrachten. Ich würde das schon aus patriotischen Rücksichten thun. Ich will ja nicht sagen, daß gegenwärtig in der Regierung solche Widersprüche existiren. (Heiterkeit.) Diese selbstständigen Vertreter des Reichskanzlers müssen auch die volle Initiative besitzen. Der Herr Reichskanzler hat gestern zugestanden, daß er sich in der technischen Frage auf Das verlassen müsse, was ihm der Finanzminister sagt. Daraus folgt, daß wir auch an diesen Stellen eine anderweitige selbstständige Initiative und dieselbe productive Leitung erhalten müssen, welche wir in den speciellen Ressorts des Reichskanzlers besitzen. Die neuliche Verhandlung über die Interpellation Bennigsen hat ganz Europa gezeigt, mit welch sicherer Hand die anderweitige Politik Deutschlands geleitet wird, und im Hause hat diese Politik fast allgemeine Zustimmung gefunden. Eine solche leitende und mächtige Hand müssen wir auch für andere Ressorts erhalten, vor allen Dingen für die wirthschaftlichen und finanziellen Angelegenheiten. Mir ist es gleichgültig, aus welchen Reihen wir einen solchen Mann nehmen. Wir haben jetzt gesehen, daß sich in den Finanzfragen gern eine Majorität zusammenfinden möchte, um den herrschenden Mißständen abzuhelfen. Die Majorität kommt aber nicht zu Stande aus constitutionellen und politischen Gründen und vor allen Dingen, weil keine Regierung mit einem klaren Plan und mit einer festen Initiative vor sie tritt. Wenn die Debatte über diesen Punct Klarheit verbreitet, so wird dieser Nutzen die vielen Nachtheile, welche sich an die Vorlage knüpfen, wenigstens einigermaßen aufwiegen. (Beifall.)

Finanzminister Camphausen:

In meiner einleitenden Rede habe ich gestern gesprochen als Vertreter der verbündeten Regierungen und Ihnen die Vorlage empfohlen, welche das Resultat der Vereinbarungen war. Ich hielt mich nicht für berechtigt, dabei meine persönlichen Ansichten in den Vordergrund zu stellen, und wenn die Verhandlungen hier dahin geführt haben, daß ich die schrankenlosen Vorstellungen von den Erfolgen des Tabaksmonopols bekämpfte und Herrn v. Kardorff gegenüber dann nochmals vor übertriebenen Erwartungen warnte, so habe ich damit über meine Stellung zum Tabaksmonopol selbst keine Erklärung abgegeben. Nachdem nun gestern der Herr Reichskanzler seine persönlichen Ansichten über das Tabaksmonopol ausgesprochen hat, glaube ich auch mit den meinen nicht zurückhalten zu dürfen. Meine Ansicht darüber datirt nicht von heute, ich habe sie schon ausgesprochen in einem Schreiben, welches ich im Februar des vorigen Jahres unterzeichnete. Mit Genehmigung des Herrn Reichskanzlers erlaube ich mir eine Stelle aus demselben zu verlesen (der Inhalt dieses Citats ist etwa der folgende: Behufs dauernder Vermehrung der directen Einnahmen des Reichs sei es angemessen, eine höhere Besteuerung des Tabaks in Aussicht zu nehmen und zwar als letztes Ziel diese Besteuerung auf dem Wege des Monopols, trotz der einem solchen entgegenstehenden Schwierigkeiten. Es verstehe sich von selbst, daß dazu eine gesetzliche Maßregel nothwendig sei. Als eine solche empfehle sich das im Jahre 1873 von der betreffenden Bundesrathscommission ausgearbeitete Gesetz. Das ist meine Stellung zur Vorlage. (Bravo). Die Vorlage selbst ist nun einer sehr abfälligen Kritik unterzogen worden. Man glaubt, daß dieselbe jetzt schon zu Gefahren geführt hät. Ich habe mit den dabei gemeinten Speculationsbestrebungen wenig Sympathie und bin auch der Ansicht, daß diese großen Verluste ebenso in der Phantasie existiren, wie die hohen Einnahmeerträge. Wenn Herr Lasker einen Widerspruch zwischen dem Herrn Generalsteuerdirector Burghardt und mir zu finden glaubt, so muß er uns mißverstanden haben. Herr Burghardt steht durchaus auf demselben Standpuncte wie ich, und wenn er den Anschuldigungen und Vorwürfen gegenüber, welche gegen die Vorlage gerichtet wurden, darauf hinwies, daß alle diese Bedenken wegfallen würden, wenn man den Steuersatz vermindere, so hat er damit nicht die Vorlage desavouirt Sodann wird mir der Herr Reichskanzler bestätigen, daß ich auch den Anforderungen, welche der Abg. Lasker an einen Minister stellt, zu entsprechen gewußt habe. Mehr als einmal habe ich dem Herrn Reichskanzler die Frage vorgelegt, ob es nicht im Interesse des Reichs liege, eine andere Person mit der obersten Leitung der Finanzen zu betrauen. Man vermißt die Verantwortlichkeit für das Gesetz. Ich will es aussprechen, daß ich die Verantwortlichkeit auf mich nehme und auch die Consequenzen daraus in vollem Maße ziehen werde. Wir werden sehen, ob im Interesse des Reiches nicht eine Verständigung zu erzielen ist. Meines Erachtens läßt sich eine Form finden, in der wir uns vereinigen können. Im November 1875 habe ich erklärt, daß ich nicht an der Spitze der Finanzen bleiben werde, wenn ich nicht der freundlichen Zustimmung der maßgebenden Partei sicher bin. Diese Erklärung wiederhole ich heute. (Beifall.)

Reichskanzler Fürst Bismarck:

Ich habe nur die Absicht, mit einigen Worten die Thatsachen zu bestätigen, in Bezug auf welche der Herr Finanzminister neben mir auf mein Zeugniß sich berufen hat. Derselbe hat mir schon zu wiederholten Malen im vorigen Jahre, im Frühjahr sowohl als im Herbste, als auch jetzt bei meiner Wiederkehr in diesen Tagen, seine Neigung kundgegeben, sich aus dem Dienste Preußens resp. des Reiches zurückzuziehen, wenn ich den letzten Wunsch in dieser Beziehung äußerte, und hat sich mit mir collegial und ohne jede Empfindlichkeit darüber auseinandergesetzt. Ich habe darauf jederzeit erwidert in dem Sinne, daß ich mich von meinem Collegen, mit dem ich, ich glaube nun 7 Jahre, in ziemlich schweren Zeiten zusammen gearbeitet habe, an dem ich die Eigenschaften, welche Sie Alle auch von außen her würdigen können, durch das Zusammenarbeiten mit ihm kennen gelernt habe — die Eigenschaft der Sachkunde ist für mich noch nicht allein maßgebend, aber seine Charakterfestigkeit, seine Entschiedenheit bei der Wahrnehmung seines Regierungsberufes und seiner gouvernementalen Stellung — ich habe ihm jederzeit darauf erwidert, daß ich mich von einem solchen Collegen nur aus sachlich zwingenden Gründen, nie aber aus persönlichen und auf der augenblicklichen Erregung beruhenden trennen würde, und daß der Moment, den ich gestern andeutete, wo möglicher Weise unsere Wege sich trennen könnten, nicht vorliegt. Sie haben gestern vielleicht annehmen können, daß wir unsere Einigung über die Vorlage, die uns heute beschäftigt, nur durch zufällige Berührung unserer beiderseitigen Wege gefunden haben und daß wir, wie Herr Lasker sagte, über die Thatsachen, nicht aber über die Methode augenblicklich einig wären. Sie haben aus dem über ein Jahr alten brieflichen Votum, welches der Herr Finanzminister vorlas, entnehmen können, daß dies doch nicht in dem Maße der Fall ist, wie vorausgesetzt werden konnte. Sie werden dieses Votum sehr verwandt finden den Erklärungen, die ich gestern hier abgab, allerdings veranlaßt durch das Mißverständniß, daß der Herr Finanzminister seinerseits eine Stellung gegenüber der Möglichkeit eines Monopols nicht einnahm, aber andeutete, daß ein Uebergangsstadium nothwendig sei. Aber Sie werden finden und ich selbst habe mich überzeugt, daß zwischen der Auffassung, die der Finanzminister von Preußen durch die Verlesung seines früheren Votums bekundet hat, und meiner eigenen ein Unterschied nicht vorhanden ist und daß deshalb für mich nicht der Moment einer Trennung unserer Bahnen, sondern nur der der Hoffnung vorliegt, daß unsere Wege vielleicht noch weiter zusammenführen können, als ich vor Jahren habe voraussehen können. Der Zweck meiner Aeußerung war hier nur der, das Zeugniß der Wahrheit gemäß abzulegen, das von mir gefordert worden ist.

Abg. Windthorst:

Die Verhandlungen des heutigen Tages waren noch dramatischer als die gestrigen. Eine Versöhnungsscene wie die heutige hat man wohl kaum in einem Parlament erlebt. Ob sie eine wirkliche, dauernde Versöhnung gebracht hat, möchte ich bezweifeln. Zur Sache selbst, zu so wichtigen Maßregeln, wie die sind, zu denen die Zustimmung des Reichstags verlangt wird, kann er nur Stellung nehmen, wenn er ein festes Ziel vor sich sieht. Ist ein solches da? Die wichtigste Vorlage, welche die Besteuerung des Tabaks betrifft, hat sich plötzlich in einen Modus des Durchgangs zum Monopol verwandelt, was Niemand aus ihr herausgelesen hat und herauszulesen genöthigt war. Zwar ist dieser präparatorische Charakter der Vorlage und die Aufstellung des Monopols als wirkliches und letztes Ziel zunächst nur vom Reichskanzler und vom Finanzminister enthüllt worden, nicht vom Bundesrath — jene zwei Männer haben doch nur die Bedeutung von zwei Stimmen im Bundesrath — aber ihr Votum wird doch ausschlaggebend sein. Ich wünsche, daß sich nie eine Majorität in diesem Hause für das Tabaksmonopol finden möge; denn es ist gegen alle gesunde Volkswirthschaft, ein so bedeutendes Gewerbe in die Hände des Staates zu legen. Wir würden durch diese Maßregel nicht nur eine Menge von der Tabaksindustrie abhängiger Existenzen zerstören, sondern auch ein neues von der Regierung abhängiges Beamtenheer schaffen, und dann kann es für die Küstenprovinzen auch nicht angenehm sein, wenn die Schifffahrt, die sich mit der Herbeischaffung des Tabaks beschäftigt, vom Staate abhängig wird. Ferner sind wir über die den Tabaksinteressenten zu gewährende Entschädigung keineswegs zur entsprechenden Klarheit gekommen, wie wir denn überhaupt über die ganze Frage noch nicht genügend unterrichtet sind. Wohl hat man auf das Beispiel Frankreichs und Amerikas hingewiesen, aber diese Exemplification ist keine glückliche. In Frankreich hat das Monopol zu der abscheulichsten Beamtenwillkür Anlaß gegeben und Amerika baut seinen Tabak selbst, während wir ihn importiren müssen. Ich verschließe mich nicht dem Gedanken, daß für den Staat aus dem Tabak eine höhere Einnahme, vielleicht durch eine Erhöhung der jetzigen Steuer, erzielt werden kann, aber mit einer Regierung, die nicht eine Steuererhöhung, sondern das Monopol will, können wir diesbezüglich nicht pactiren. Warum hat die Regierung das Kind nicht gleich beim rechten Namen genannt? Es ist kein offenes Verfahren, das Endziel der Vorlagen nicht gleich bekannt zu geben. Das bewirkt nur, daß wir in jeder Regierungsvorlage einen Hinterhalt vermuthen müssen und die Verhandlungen nicht vertrauensvoll führen können. (Heiterkeit.) Es ist nun in der Debatte viel von einer Steuerreform die Rede gewesen, aber wie man sich dieselbe eigentlich denkt, ist mir nicht recht klar geworden. Man sollte doch erwarten, daß die „Partei, der gouvernementalen Initiative" dem Programm der Regierung ihr Programm entgegenstellen würde. (Heiterkeit.) Das ist nicht geschehen, obgleich bei dem Wunsch nach einer parlamentarischen Regierung die Majoritätsparteien doch klar sagen müßten, was sie wollen. Nur Herr von Stauffenberg hat die Steuerreform dahin definirt, daß sie in einer Steuerverminderung und zweckmäßigerer Vertheilung der bestehenden Lasten bestehen müßte. Aber das ist ein theoretischer Satz ohne praktischen Inhalt. Da ist es schon das Beste, wenn wir einstweilen bei den alten Herren bleiben. (Heiterkeit). Die constitutionellen Bedenken der Herren Stauffenberg und Lasker theile ich vollkommen. Wenn aber der Erstere einen Reichsfinanzminister wünscht, so möchte ich an einen Ausspruch des Fürsten Bismarck aus dem Jahre 1867 erinnern. Gelegentlich der Berathung der norddeutschen Bundesverfassung sagte der damalige Graf Bismarck, daß durch die Errichtung eines Reichsfinanzministeriums die Finanzminister der Einzelstaaten mediatisirt würden. (Hört! hört!) Ich bin erstaunt, daß gestern kein Minister der Mittelstaaten gegen den Reichsfinanzminister protestirt hat. Diese bedauerliche Connivenz, dieses Schweigen der Einzelstaaten führt uns dem Einheitsstaat immer näher. So lange aber noch ein Bundesverhältniß existirt, hindert uns gar Nichts, daß der preußische Finanzminister die Initiative giebt, die er seit vielen Jahren gegeben hat. Im Allgemeinen glaube ich, daß die Ersetzung der Matricularbeiträge durch indirecte Steuern in großem Maßstab die Verwaltung der Einzelstaaten absolut unmöglich machen wird. Da außerdem der Vorlage ein ganz anderer Sinn untergeschoben wird, als sie nach dem Wortlaut haben kann, und da ferner alle constitutionellen Garantien fehlen, wir also das verlangte Zustimmungsvotum unmöglich geben können, bitte ich um Verwerfung der Vorlage auf dem kürzesten Wege. (Beifall.)

Abg. Fritzsche protestirt gegen die Einführung neuer indirecter Steuern; besonders empfehlen sich die directen Steuern, um den Leuten zu zeigen, wie theuer das Reich zu stehen kommt. Der Arbeiter müßte den nöthigen Unterhalt haben, und zu demselben gehören auch die Steuern, die er zahlen muß; die Arbeiter würden sich auch an diese Steuererhöhung gewöhnen können, aber es würden vorher viele